Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Güng & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 9 — Donnerstag, den 19. Januar 1928 — 39. Jahrgang

Amtliches.

Freitag, den 20. ds. Mon., vorm 11 Uhr sollen in Naunhof im Gasthof „Gambrinus" 1 Schreibtisch, 1 Schreibmaschine, 1 Rauchtischchen und 4 ohm. Bretter meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, am 19. Januar 1928 — Du. I, 1965/27.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Lebensfähigkeit — Leistungsfähigkeit

Die nicht gerade sehr erfreulichen Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie und dem Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, über die Finanzpolitik der Städte hatten in den letzten Tagen wieder einmal einen neuen Auftrieb erhalten. Er ist zweifellos eine sehr temperamentvolle Persönlichkeit, die sich mit ganzer Wucht für die von ihm vertretenen Interessen einsetzt. Er hat zum mindesten eigene Gedanken und benutzt die zweifellos gut gewählte Gelegenheit, da in Berlin die Länderkonferenz tagte, wieder einmal dazu, ein Gesamtbild seiner kommunalpolitischen Ansichten und Zukunftspläne zu geben. Dabei geht er davon aus, daß heute die deutschen Kommunen als solche nicht in der Lage seien, ihre Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften ausreichend zu vertreten. Außerdem herrscht gegen sie eine unerfreuliche Stimmung, an der allerdings auch Fehler im eigenen Lager, vor allem aber die Gegner, nämlich die deutsche Wirtschaft, schuld seien. Die greife besonders die kommunale Steuerpolitik an — nach Dr. Mulerts Ansicht: mit Unrecht. Ebenso ungerecht seien die Angriffe auf die kommunale Anleihenpolitik. Dabei macht Dr. Mulert die interessante Mitteilung, daß die kurzfristige Verschuldung aller Städte über 80 000 Einwohner überhaupt nur 500 Millionen Mark betrage, also weit entfernt sei von den Riesensummen, von denen man in der Öffentlichkeit spricht. Und diese 500 Millionen sind bis auf einen geringen Rest nur im Inlande aufgenommen. Zieht man den Kreis der Gemeinden noch weiter bis zu denen mit über 25 000 Einwohnern, so kann man die kommunale Gesamtverschuldung dieser, also kurzfristiger, Art auf etwa 700 Millionen beziffern. Gewiß nicht viel, besonders nicht gefahrdrohend viel. Daran schließt Dr. Mulert einen weiteren Vorschlag, den man auch für recht naheliegend erklären muß: in der neu organisierten Beratungsstelle für die Aufnahme ausländischer Anleihen soll ein Vertreter des Deutschen Städtetages sitzen, ein Verlangen, das man gewiß in solchen Fällen für nicht unberechtigt halten muß, wenn die Entscheidung über den Antrag einer Kommune, im Auslande eine Anleihe aufzunehmen, in dieser Beratungsstelle gefällt wird.

Ein besonders kitzliges Kapitel — „von der Parteien Gunst und Haß verwirrt" — ist das der kommunalen Sparmaßnahmen. Dr. Mulert weist darauf hin, daß den Mahnungen des Städtetages gemäß überall in den Kommunen Sparverordnungen erlassen, die Kontrollen verschärft worden, starke Ausgabeabstriche erfolgt sind, übrigens namentlich bei den städtischen Arbeiten und Aufträgen. Aber bei allem — und hier liegt der Grundgedanke —: jede wirkliche Sparsamkeit soll nicht ein Zwang von oben her diktiert sein, sondern nur aus der Selbstverantwortung heraus herbeigeführt werden. Diese Selbstverwaltung erfahre aber eine immer stärkere Einschränkung, vor allem in ihrer finanziellen Betätigung, sowohl was die Einnahmen wie was die Ausgaben anbelangt. Das deutet natürlich hin auf die Beratungen der Länderkonferenz, an der also die Gemeinden brennend interessiert sind. Aber es ist doch wohl etwas einseitig gesehen, wenn Dr. Mulert — allerdings ganz seiner Einstellung entsprechend — bei einer grundlegenden Verwaltungs- und Verfassungsreform verlangt, daß nun unten, also bei der Gemeinde, angefangen werden soll. Das ist nur zur Hälfte richtig; vielmehr kann und muß gleichzeitig auch oben damit eingesetzt werden. Aber das eine ist richtig: eines der wesentlichsten Ziele einer solchen Reform ist klarste Abgrenzung der finanziellen, wirtschaftlichen und sonstigen verwaltungsorganisatorischen Zuständigkeit, gleich dahinter als zweites: die Träger dieser Zuständigkeit müssen auch wirklich lebensfähig sein. Das Gegebene hierfür, also die Stadt- und Landkreise, sind unter diesem Gesichtspunkt wirklicher Leistungsfähigkeit abzugrenzen; gegebenenfalls — und darin gibt dem Präsidenten des Städtetages eine Unmenge merkwürdiger, wenn nicht gar grotesker Zustände recht — soll man hier ohne Rücksicht auf allerhand „historisch" Gewordenes auch vor radikalem Durchgreifen nicht zurückschrecken und zusammenbringen, was zusammengehört. Lebensfähigkeit, Leistungsfähigkeit aber sind erst die Voraussetzungen zu einer wirklichen Selbstverwaltung und ihrer unbedingt notwendigen Ausdehnung.

Gröner Reichswehrminister?

Ernennung in den nächsten Tagen.

Die Verhandlungen über die Nachfolge des zurücktretenden Dr. Geßler sind jetzt so weit gediehen, daß von einer einstweiligen Vertretung nicht mehr die Rede sein kann. Man erwartet die Ernennung eines Nachfolgers in den nächsten Tagen, und zwar in der Person des ehemaligen Generalquartiermeisters und späteren Reichsverkehrsministers Gröner.

General Gröner soll beim Reichspräsidenten von Hindenburg als willkommene Persönlichkeit gelten, auch beim Zentrum keinen Widerspruch finden, da er dieser Partei in seiner Gesamteinstellung nahekommt. Die Deutsche Volkspartei hat ihren Anspruch auf das Reichswehrministerium zwar nicht aufgegeben, man hofft aber auf eine Verständigung, zumal Dr. Geßler selbst Gröner als seinen Nachfolger vorgeschlagen haben soll.

Abschluß der Länderkonferenz

Aufgaben des Reiches und der Länder.

Der erste Tag der Länderkonferenz konnte noch keine grundsätzlichen Entscheidungen bringen, da er ganz ausgefüllt wurde von den vorgesehenen Hauptreferaten. Nachdem zunächst der Hamburger Senatspräsident Dr. Petersen seinen Vorschlag zur Bildung eines Sachverständigenausschusses formuliert und begründet hatte, folgten als Redner die Herren Bazille, württembergischer Staatspräsident, D. Held, bayerischer Ministerpräsident, und Braun, preußischer Ministerpräsident.

Selbstverständlich konnten bei allen diesen Darlegungen zuvörderst nicht viel mehr als Anregungen herauskommen. Vom weiteren Verlauf der Konferenz wird es abhängen, wie sich die endgültige Haltung zu den großen vorliegenden Fragen der Reichs- und Länderverwaltung gestalten wird.

Württembergischer Staatspräsident Bazille forderte klare Abgrenzung der Zuständigkeit von Reich und Ländern in Gesetzgebung und Verwaltung, Beschränkung der Befugnisse des Reiches auf das Notwendigste, Verteilung der Lasten nach anderen Grundsätzen, Stärkung der Stellung des Reichsrats, Herstellung der organischen Verbindung Preußens mit dem Reich dadurch, daß der Reichspräsident gleichzeitig preußischer Staatspräsident wird und der Reichskanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident, Beseitigung des rein parlamentarischen Systems. Zur Wiederherstellung des Finanzfriedens zwischen Reich und Ländern fordert der Redner, daß den Ländern die Finanzhoheit über die wichtigsten direkten Steuern zurückgegeben wird.

Die Enklavenfrage auf der Reichskonferenz.

Bayerischer Ministerpräsident Held wies darauf hin, daß auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen und in Ansehung der Artung der Deutschen in ihren Stämmen für das deutsche Vaterland und seine Grundlagen nichts Besseres gegeben werden könne als die Gliederung der Staaten mit bestimmter Selbständigkeit. Nur im Wettbewerb der Staaten könne dem Ganzen des Vaterlandes die größte Kraft in der Entfaltung auch der äußeren Politik erwachsen. Held lehnte den Sachverständigenausschuß, den Dr. Petersen vorgeschlagen hatte, nicht ab, verlangte aber genaue Prüfung der Richtlinien für diesen Ausschuß.

Preußischer Ministerpräsident Braun meinte, daß das Bestreben der Reichsregierung darauf hinginge, in die Kompetenz der Länder hineinzuregieren, doch müsse man anerkennen, daß ein gewisser Zwang dazu in den gegenwärtigen Verhältnissen selbst liege. Die Rückkehr zum föderalistischen System der früheren Zeit, wie die Vertreter in Bayern und Württemberg es wünschten, würde die Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder bedeuten, und die Wirkung würde sein, daß Preußen sein früheres Übergewicht wiedergewönne. Da man eine solche Entwicklung offenbar nicht wünsche, so bleibe nur der Weg zum Einheitsstaat übrig. Der Gedanke der Aufteilung Preußens in Reichsprovinzen würde eine Spaltung des Reiches und eine neue Mainlinie bedeuten.

In der Dienstagsitzung der Länderkonferenz begann die Aussprache über die Reden und Anregungen vom Vortage. Es äußerten sich der sächsische Ministerpräsident Heldt, der thüringische Staatspräsident Leutheußer, der hessische Staatspräsident Ulrich, der badische Staatspräsident Remmele, der preußische Ministerpräsident Dr. Braun, der oldenburgische Ministerpräsident von Finck und der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff. Die Diskussion nahm viel Zeit in Anspruch, so daß wohl auch noch der Mittwoch den Weiterberatungen gewidmet sein dürfte. Die Beschlüsse der Konferenz sollen dann die Grundlage für die Aufstellung von Richtlinien geben, nach denen die praktische Durchführung der angestrebten Verwaltungsreform verwirklicht werden soll.

Entschließung zur Reichsreform.

Einigung auf mittlerer Linie.

Die Entschließung, die den Schlußpunkt unter die dreitägigen Verhandlungen der Berliner Konferenz der Reichsregierung mit den Länderministern setzen soll, betont, daß eine weitgehende Reform der Weimarer Verfassung hinsichtlich Reich und Länder notwendig ist. Der Gedanke, Reichsländer zu schaffen, wird abgelehnt. Vereinbarungen zwischen den Ländern über Verwaltungsvereinfachungen unter Mitwirkung des Reiches werden empfohlen. Ob eine Reform mehr im unitaristischen oder föderalistischen Sinne durchgeführt werden soll, wird offen gelassen. Im übrigen enthält die Entschließung die in den großen Referaten der Konferenz zum Ausdruck gekommenen Grundgedanken.

Weitere Ausschußberatungen werden jedenfalls für notwendig gehalten, über die Form dieser Ausschüsse soll weitgehende Verständigung erzielt sein, ebenso soll die Enklaven- und Exklavenfrage, also die Vereinigung zersplitterter Gebietsteile, aufmerksame und entgegenkommende Bearbeitung erfahren.

Sparsame Finanzwirtschaft.

Zum Abschluß des zweiten Beratungstages behandelte der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff das Thema „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft". Er riet, aus den englischen Gesetzen die Bestimmung zu übernehmen, daß Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können. Ferner soll das Parlament die Einnahmen im Etat nicht höher einstellen dürfen, als die Regierung es verlangt. Um ein weiteres Ansteigen der öffentlichen Haushalte zu verhindern, müßte die Bestimmung getroffen werden, daß Etatserhöhungen gegenüber dem Vorjahre nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen werden dürfen. Der Referent warnt davor, dritte Stellen, etwa den Reichspräsidenten oder den Reichssparkommissar, einzuschalten. Auch erklärte er sich gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegenüber den Ländern. Bei der Finanzgebarung der Gemeinden führte der Minister aus, daß die Schranke, die die Beratungsstelle für Länder und Gemeinden darstelle, nicht noch weiter erhöht werden könne. In Preußen habe die Verwaltung in den Kommunen eine sehr starke Stellung, sowohl der Magistrat wie der Bürgermeister. Zudem bestehe ein Vetorecht der Aufsichtsbehörde dadurch, daß die Beschlüsse über die Festsetzung der Realsteuern von gewissen Sätzen ab genehmigt werden müssen. Gegen einzelne Forderungen Höpker-Aschoffs äußerte der preußische Ministerpräsident Braun Bedenken, namentlich gegen die „Reichsprovinzen".

Verwaltungsreform.

Beim Fortgang der Verhandlungen am Mittwoch sprach der sächsische Innenminister Apelt. Er führte aus, daß die Frage der Verwaltungsorganisation unabhängig davon behandelt werden könne, wie sich der einzelne zur Frage des Einheitsstaates oder des Föderativstaates stelle. In beiden Staatssystemen seien Vereinfachungen und Ersparnisse zu fordern. Es sei zu erstreben, daß möglichst viele Verwaltungsaufgaben den Gemeinden und Gemeindeverbänden übertragen werden und daß der Staat nur Aufsichtsrecht über die Durchführung dieser Verwaltungsaufgaben ausübe. Der Redner behandelte weiter das Problem der Verwaltungsreform nach der Richtung, daß die Behörden der unteren Verwaltung gestärkt werden sollen. Diesen Behörden sollen alle Sonderbehörden, besonders alle technischen Behörden, angegliedert werden. Der bayerische Innenminister Dr. Stützel hielt das Korreferat, in dem er in einzelnen Teilen dem Vorredner zustimmte, in anderen von ihm abwich.

Der Konflikt im Zentrum.

Beratungen im Parteivorstand und im Parteiausschuß.

Der Vorstand und der Reichsausschuß der Zentrumspartei sind zu einer Sitzung am 29. Januar nach Berlin einberufen worden. In Zentrumskreisen verlautet dazu, daß die Aussprache im Parteivorstand und im Reichsausschuß des Zentrums voraussichtlich in der Hauptsache der Bereinigung der bestehenden Unstimmigkeiten innerhalb der Partei dienen soll. Der Vorstand der Reichstagsfraktion beriet schon über die Lage.

Nach einer anscheinend parteioffiziösen Darstellung habe Dr. Stegerwald noch keineswegs seinen Rücktritt vom Posten des zweiten Vorsitzenden der Zentrumspartei erklärt. Der Gewerkschaftsführer habe lediglich in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß er die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei solange nicht ausüben könne, als die zwischen ihm und dem Reichskanzler infolge dessen Schreibens vorhandenen Differenzen nicht bereinigt worden seien.

SLUB
Wir führen Wissen.